

# Beschwerde in Karlsruhe

Der Ausbau von A 281 und Wesertunnel sorgt links der Weser weiterhin für Zündstoff

VON  
HAUKE HIRSINGER

Während Seehauser Bürger gegen den geplanten Wesertunnel vor ihrer Haustür klagen, sorgt die schleppende Neuplanung des A281-Weiterbaus für Verdross bei den Neustädtern.

**LINKS DER WESER** Bau- und Umweltsenator Dr. Joachim Lohse betrat in Seehausen vermintes Gebiet, als er dort Mitte der Woche mit den Bürgern über den Bau des Wesertunnels diskutieren wollte. Knapp 100 Seehauser waren ins Dorfgemeinschaftshaus gekommen, um sich die Pläne des Bauressorts erklären zu lassen. Letztere sehen vor, dass für den Tunnel von den Stahlwerken nach Seehausen sechs Häuser weichen müssen. Der Senator betonte, dass man sich bei der Planung darum bemüht habe, die Beeinträchtigungen für die Lebensqualität der Seehauser so gering wie möglich zu halten. Verliefe alles ohne Komplikationen, so könne der Verkehr unter der Weser bereits in etwa sieben Jahren fließen, so Jörn Kück von der A281-Planungsgruppe. Das Projekt werde maximal 240 Millionen Euro kosten und die Bauzeit etwa dreieinhalb Jahre dauern. In dieser Zeit müssten die Seehauser leider mit Lärm, Erschütterungen und Staub leben – auch wenn man die Belastungen so gering wie möglich halten wolle.

Etliche Bürger, die Vorschläge wie Lärmschutzwände und Flüsterasphalt zu Protokoll ge-



Die A281 ist nur in Teilen fertiggestellt. Neben dem geplanten Wesertunnel und den damit verbundenen Belastungen für die Seehauser Bürger ist auch der Ausbau des Abschnittes 2/2 in der Neustadt konfliktbelastet. Fotos: Hirsinger

geben hatten, zeigten sich nach dem Treffen mit dem Senator kaum zufriedener als zuvor. Einige äußerten beispielsweise die Kritik, dass ihre Vorschläge mit dem Verweis auf die Kosten zurückgewiesen wurden und dass die Diskussionsrunde somit kaum Sinn gemacht habe. Wirkliche Bürgerbeteiligung sehe anders aus.

Und Lohse musste sich in dieser Woche auch noch weitere Kritik am Großprojekt A281 gefallen lassen. Dabei ging es um die Neuplanung des Weiterbaus in der Neustadt. Nachdem die ursprüngliche Planung vor dem Bundesverwaltungsgericht gestoppt worden war, hatten sich die Baubehörde und die Teilnehmer eines Runden Tisches (bestehend aus Vertretern von Beirä-

ten, Bürgerinitiativen, Politik, Wirtschaft und Verwaltung) auf eine Variante namens „4Süd“ geeinigt. Letztere würde etwa 28 Millionen Euro Mehrkosten verursachen, über die seither mit dem Bund verhandelt wird.

Das geht Heiko Strohmann von CDU-Bürgerschaftsfraktion nicht schnell genug. In einem Bürgerschaftsantrag will seine Fraktion den Senat aufordern, die nötigen Pläne bis zum 31. Mai dem Bundesverkehrsministerium vorzulegen. Strohmann: „Der Bund kann diese Mehrkosten nur bewilligen, wenn der Senat diese in einer Neuplanung begründet. Ohne diese Grundlage wird es aus Berlin keinen Cent geben.“ Schärfere Töne schlägt Dr. Magnus Buhler von der Bremer FDP an: „Wenn Herr Lohse den

Ausbau der A 281 nicht vorbringen kann oder will, muss ihm die Aufgabe entzogen und einem anderen Senator übertragen werden, beispielsweise dem Wirtschaftsressort.“ Dem entgegnete Baustaatsrat Wolfgang Golasowski: „Die Abstimmungen mit dem Bundesverkehrsministerium gehen auf die Zielgerade. Spätestens bis zur Sommerpause werden sie abgeschlossen sein.“

Ganz gleich, wie schnell die neuen Pläne für die A 281 in der Neustadt jetzt geschmiedet werden, in Seehausen hat man nach der Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht im vergangenen November erfolgreich Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Wann verhandelt wird, ist unklar.